

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 14:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 14: [Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen]

(1) Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen basiert.

Diese Zusammenarbeit umfasst den Erlass von Maßnahmen zur Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften mit ~~etwaigen~~ grenzüberschreitenden Bezügen.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze, die unter anderem Folgendes sicherstellen sollen:

- die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;
- die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;
- die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;
- die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;
- ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;
- die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;
- die Entwicklung von Maßnahmen der präventiven Justiz und von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;
- Unterstützung bei der ~~Aus~~Fortbildung von Richtern ~~und Staatsanwälten~~ sowie anderen Justizbediensteten.

~~(3) Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission einstimmig Gesetze und Rahmengesetze betreffend das Familienrecht; er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~

~~Das Europäische Parlament und der Rat erlassen nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend die elterliche Verantwortung.~~

Explanation:

Das Kriterium der grenzüberschreitenden Bezüge muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Daher ist im Deutschen das Wort „etwaige“ zu streichen.

Die justizielle Zusammenarbeit sollte nicht bei der Ausbildung, sondern nur bei der Fortbildung eine Unterstützung der Union vorsehen. Es ist nicht ersichtlich, warum in Zivilsachen die Fortbildung von Staatsanwälten eine Rolle spielen sollte.

Die Fragen des Familienrechts innerhalb der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen haben bei einer Gesamtabwägung keinen solchen besonderen Charakter und kein solches besonderes Gewicht, dass die Einstimmigkeit weiter gerechtfertigt wäre.